



öffentlich

Betreff:

Kommunalabgaben, Tarife und Preise für Leistungen städtischer Unternehmen und Einrichtungen

Erstellungsdatum 09.02.2004

Eingang 902:

Einreicher: PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.03.2004	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
17.03.2004	Ausschuss für Finanzen		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine tabellarische Übersicht über die wichtigsten Kommunalabgaben, Tarife und Preise für Leistungen städtischer Unternehmen und Einrichtungen zu erarbeiten und bis Juni 2004 ortsüblich zu veröffentlichen.

Aus dieser Übersicht sollen ersichtlich sein:

- Art der Abgabe, des Tarifs bzw. Preises
- Rechtsgrundlage
- Abgabensatz, Höhe der Abgabe, des Tarifs bzw. Preises
- Abgabepflichtige

Die Übersicht ist fortzuschreiben.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Bisher gibt es in der Stadt Potsdam keinen zusammenhängenden fortlaufenden Überblick über die Höhe der Kommunalabgaben, Tarife und Preise für Leistungen kommunaler Betriebe und Einrichtungen. Damit ist die reale Belastung der Einnahmen durch steigende Abgaben, Tarife und Preise nur schwer nachvollziehbar. Für die Stadtverordnetenversammlung ist die Einflussnahme auf die allgemeine Entwicklung der finanziellen Belastung der Einwohner kaum möglich, da die Entscheidung über einzelne Bereiche nicht in einen nachvollziehbaren Gesamtzusammenhang gestellt werden kann.